



Industriepolitik, Industrie 4.0 und Wettbewerbsfähigkeit

Um die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Industrie für breiten Wohlstand und eine nachhaltige Transformation der Produktionsweisen und Konsummuster nutzen zu können, müssen die vernetzten Wertschöpfungsketten im In- und Ausland erhalten und weiterentwickelt werden. Dies bedarf einer nachhaltigen Industriepolitik: Für die Innovations- und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie muss eine kohärentere Energiepolitik verfolgt, die Forschungsförderung ausgebaut und die Bildung gestärkt werden. Die Infrastruktur muss erhalten, ertüchtigt und dahingehend modernisiert werden, dass Deutschland technologisch an der Weltspitze steht und in starke EU-Netze eingebettet ist. Die Industriepolitik muss zudem auch dem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld Rechnung tragen: Um nach dem Corona-Lockdown wieder Wachstum zu fördern, hat der VCI eine [Therapie für den Aufschwung](#) entwickelt.

Nachhaltige Industriepolitik

Position

- Die Chemie ist als Enabler für die Transformation der EU in eine klimaneutrale Wirtschaft unverzichtbar. Die Branche ist mit ihren Chemikern, Ingenieuren und Forschern ein starker Innovationsmotor. Sie erarbeiten Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Klimaschutz geht nicht ohne Chemie. Werkstoffe für Wind- und Solarenergie, Stromspeicher, Leichtbaumaterialien für den Fahrzeugbau und Dämmmaterialien für Gebäude. Insgesamt sparen Chemieprodukte in der Anwendung deutlich mehr Treibhausgase ein, als bei ihrer Produktion entstehen.
- Die Chemieindustrie steht vor einer Transformationsherausforderung, die die kommenden Jahrzehnte andauern wird. Die chemische Industrie will weltweit nachhaltige – also ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige – alternative Verfahren entwickeln und diese durch Investitionen in neue Anlagen realisieren. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht sie industrie-, vor allem energie- und innovationspolitische Rahmenbedingungen, die solche Zukunftsprojekte ermöglichen. Als wichtigste Voraussetzungen müssen Energie und Rohstoffe sowohl ausreichend verfügbar als auch bezahlbar sein.
- Die chemisch-pharmazeutische Industrie will weltweit Beiträge zu den Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen auch über das Klimaschutzziel hinaus liefern: sei es bei Ernährung, Wasserversorgung und Gesundheit oder bei Mobilität und Wohnen.

Empfehlungen

- Die politischen Rahmenbedingungen müssen kritisch darauf überprüft werden, ob sie die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen. Die Zeit drängt, die

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

Mittel sind knapp. Industrie- und Klimapolitik müssen Hand in Hand gehen und Sorge tragen, dass der notwendige technologieoffene Rahmen für Innovationen und Investitionen vorhanden ist. Das heißt: auch nach dem Corona-Lockdown und seinen Folgen den Normalbetrieb mit Augenmaß, aber zügig wiederherzustellen und zu erhalten, den freien Warenverkehr zu fördern, Liquidität und Nachfrage zu stärken, Wachstumskräfte zu entfesseln und so intensiv wie möglich die Potenziale der EU zu nutzen.

- Die Erfüllung der langfristigen Klimaschutzziele bis 2050 und anderer Ziele des Green Deals ist ohne eine starke Chemie nicht möglich, die Überwindung der Covid 19-Pandemie nicht ohne eine starke Gesundheitswirtschaft. Die Industriepolitik der Bundesregierung muss daher insbesondere die chemische und pharmazeutische Industrie unterstützen und stärken.
- Ohne mehr Innovationen und Investitionen wird die Transformation der Industrie nicht gelingen. Besonders Investitionen in Zukunftsfelder, wie erneuerbare Energien, Wasserstoff, Biotechnologie, zirkuläre Wirtschaft und neue Antriebstechnologien, müssen technologieoffen angereizt, Kooperationen erleichtert werden. Die Chemie ist hierfür ein unverzichtbarer Baustein. Der Wettbewerb ist ein wichtiger Motor zur Transformation.
- Eine wichtige Voraussetzung für nahezu alle neuen Technologien ist die Verfügbarkeit erneuerbaren Stroms in aus heutiger Sicht gigantischen Mengen und zu Kosten von 4 Cent je Kilowattstunde. Ohne diese Voraussetzungen können die neuen Technologien zur Treibhausgasneutralität nicht wirtschaftlich betrieben werden.

Akzeptanz für Investitionen

Position

- Etablierte Produktionsweisen stoßen an Grenzen und verlieren an gesellschaftlicher Akzeptanz. „Ökologie und Nachhaltigkeit“ beschreiben den Wunsch vieler Menschen nach einem besseren Einklang von Natur und Wirtschaft. Hinter diesem Megatrend versammelt sich eine Vielzahl von Themen, die auch einzeln die aktuelle Diskussion bestimmen. Immer stärker wird der Wunsch der Kundenbranchen, Ressourcen schonender zu nutzen und idealerweise vollständig wiederzuverwerten. Hinzu kommt das zunehmende Gesundheits- und Umweltbewusstsein der Konsumenten und der Wunsch nach individualisierten Produkten. Unsere Kunden erwarten, dass wir sie bei der Individualisierung ihrer Produkte und Beschleunigung ihrer Prozesse unterstützen. Klimaschutz, zirkuläres Wirtschaften und der Erhalt der Artenvielfalt sind wichtige Dimensionen dieser Herausforderungen. Wachstum muss sich immer stärker vom Materialverbrauch lösen.

Empfehlungen

- Die Industrie der Zukunft kann ohne eine umfassende gesellschaftliche Akzeptanz für Produktion, Investitionen, Innovationen und neue Technologien nicht bestehen. Zu guter Industriepolitik gehört daher ein breiter gesellschaftlicher Dialog. Die tatsächlichen Vor-

und Nachteile von Ideen und neuen Technologien müssen ehrlich und faktenorientiert diskutiert werden.

- Gerade die Transformation der Industrie macht erhebliche Investitionen in neue Anlagen und Produkte nötig. Diese können nur erfolgen, wenn gesellschaftliche Akzeptanz gegeben ist und die notwendigen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren Investitionen fördern und nicht behindern.

Verkehrsinfrastruktur

Position

- Die chemisch-pharmazeutische Industrie braucht gute und funktionsfähige Verkehrswege. Die Branche zählt zu den transportintensivsten in Deutschland. Sie legt großen Wert auf sichere Transporte. Hierfür ist eine optimale Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Langfristig will die Branche Eisenbahn und Binnenschiff für ihre Transporte noch stärker nutzen als bisher. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

Empfehlungen

- Die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland erhalten. Den Ausbau aller Verkehrsträger gleichberechtigt fördern und langfristig vorantreiben – und zwar entsprechend dem Sanierungsbedarf, dem Verkehrsaufkommen und dem Wirtschaftspotenzial. Einzelne Verkehrsträger oder Maßnahmen dürfen dabei nicht im Fokus stehen, sondern alle Verkehrswege müssen gleichberechtigt gefördert und intelligent miteinander verknüpft werden.
- Ein regelmäßiger Verkehrsinfrastrukturbericht sollte als Entscheidungsgrundlage für Investitionen konkrete Schwachstellen offenlegen und den Bedarf aufzeigen.
- Prüfung von schnellerem und kostengünstigerem Brückenbau durch Standardisierung.
- Bei Neu- und Ausbauprojekten für die Schiene muss der Nutzen für den Personen- und Güterverkehr gleichberechtigt berücksichtigt werden. Die Kosten-Nutzen-Bewertung muss daher angepasst werden. Neben dem künftigen Verkehrsaufkommen sind weitere Aspekte wie „Zuverlässigkeit“ (Pünktlichkeit), auch Umweltbedingungen wie Niedrigwasser oder die Erreichung der Klimaziele und die dafür notwendige Verkehrsverlagerung einzubeziehen. Diese Faktoren müssen auch zwingend in die technische Machbarkeitsstudie zu der dringend notwendigen Neubautrasse für den Schienengüterverkehr zur Entlastung des Mittelrheintals einfließen.
- Damit der Rhein als wichtigste Wasserstraße auch bei Niedrigwasser zuverlässig genutzt kann, müssen die Ausbaumaßnahmen deutlich zügiger in Angriff genommen werden als geplant: Die Abladeoptimierung an Mittel- und Niederrhein muss bis 2030 umgesetzt sein. Im westdeutschen Kanalnetz müssen die notwendigen Reparaturmaßnahmen, besonders an Schleusen, zügig vorangetrieben werden.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Integrierte Verkehrskonzepte stärken und hierfür den Verkehrsträger Wasserstraße ausbauen: Damit die chemisch-pharmazeutische Industrie Eisenbahn und Binnenschiff künftig stärker nutzen kann, sind zusätzliche Knotenpunkte notwendig, um die verschiedenen Verkehrsträger besser miteinander zu verknüpfen.
- Die Dauer von Planung und Genehmigung übersteigt die eigentliche Bauzeit oft um ein Vielfaches. Es bedarf weiterer Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren. In den für die Planung und Genehmigung zuständigen Behörden müssen ausreichend Stellen geschaffen und besetzt werden.

Digitalisierung

Position

- Die chemisch-pharmazeutische Industrie benötigt eine hervorragende digitale Infrastruktur, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu steigern. Daten sind Treiber für Innovationen. KI ist ohne nutzbare Daten unmöglich.
- Die Verknüpfung von digitalen Dienstleistungen mit Produkten ist ein wichtiger Schlüssel für zusätzliche Wertschöpfung für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland. Es ergeben sich Chancen durch Effizienzpotenziale, neue Geschäftsfelder und nachhaltige Innovationen wie eine bessere Vernetzung in der Lieferkette.
- Deutschland muss fit für eine digitale Zukunft gemacht werden. Der Paradigmenwechsel benötigt auch unterstützende industriepolitische Maßnahmen. Der Strukturwandel gelingt am besten in einem regulatorischen Umfeld, das neue Produkte, Dienstleistungen sowie Investitionen und Innovationen fördert und nicht behindert.
- Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes drängt. Nur ein vereintes Europa kann bei der Entwicklung digitaler Zukunftstechnologien ein Gegengewicht gegenüber den USA oder China darstellen, die in vielen innovativen Technologien heute die Spitzenpositionen einnehmen.

Empfehlungen

- Dringende Investitionen in die digitale Infrastruktur anpacken.
- Bereitstellung von High-Performance-Computing-Kapazitäten vorantreiben.
- Fertigstellung einer flächendeckenden und leistungsfähigen Dateninfrastruktur für Festnetz (auf Basis von Glasfaser) und Mobilfunk (4G/5G) bis spätestens 2025.
- Effizientere Förderung des Ausbaus der technischen Infrastruktur sowie der digitalen Bildung. Digitalisierungskompetenzen in der Schule sowie in der Aus- und Weiterbildung vorantreiben: Die Vermittlung von Fähigkeiten in der IT-Anwendung, der Datenanalyse und der künstlichen Intelligenz sollte in den Lehrplänen der Schulen verankert werden.
- Aufbau eines leistungsfähigen Sicherheitsnetzwerks in Deutschland und Europa zwischen Behörden, Unternehmen und Forschung.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Definition internationaler Datennutzungsregeln vorantreiben, dabei auf effiziente und rechtssichere Regulierungen achten. Maschinendaten müssen so nutzbar sein, dass Innovationen bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen nicht behindert werden. Hierbei sind vertragliche Vereinbarungen für die sichere Datennutzung gesetzlichen (Eigentums-)Regelungen vorzuziehen. Gleichzeitig sollten vorhandene staatliche Daten vor allem im Kontext der Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes einfacher zur Verfügung gestellt werden (z. B. für Smart Farming).

Mittelstandspolitik

Position

- Der Chemie- und Pharma-Mittelstand, vor allem auch die zahlreichen familiengeführten Unternehmen, ist am Standort Deutschland verwurzelt. Er hat Niederlassungen und auch Produktionsstätten im Ausland, aber der Schwerpunkt der Produktion liegt in Deutschland, und von hier erfolgt der Export. Daher ist er in besonderem Maß auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen am Standort Deutschland angewiesen.
- Unternehmerisches Handeln braucht mehr Wertschätzung. Dies gilt nicht nur für im Markt etablierte Unternehmen, sondern auch für Neugründungen und Start-up-Unternehmen. Statt Vorbehalten und Misstrauen von Behörden und Gesetzgeber, die sich immer wieder in Gesetzen, Verordnungen und behördlichem Handeln manifestieren, sollte unternehmerische Freiheit gefördert werden.
- Nachhaltiges Wirtschaften, Kreislaufwirtschaft und Green Deal sind Herausforderungen, denen sich der Mittelstand stellen muss, die ihn aber organisatorisch, personell und finanziell nicht überfordern dürfen.

Empfehlungen

- Der Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des Breitbandnetzes und von Verkehrswegen, muss forciert werden, ebenso der Lückenschluss im Mobilfunknetz: Der Mittelstand ist oft abseits der großen Ballungszentren angesiedelt, wo er eine wichtige Rolle einnimmt als Arbeitgeber und Steuerzahler.
- Innovationsfähigkeit weiter verbessern: Die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung ist ein wichtiger Schritt für den Mittelstand. Das Umsetzungsverfahren muss möglichst unbürokratisch und praxisgerecht gestaltet werden.
- Planungs- und Genehmigungsrecht entschlacken und die Verfahren beschleunigen: Die Zusammenarbeit mit Behörden auf Augenhöhe, der Austausch und das gegenseitige Verständnis für Erwartungen und Bedürfnisse müssen besser werden. Ansätze dafür waren während der Corona-Krise erkennbar – darauf kann und muss aufgebaut werden.
- Bürokratie: Überbordende Bürokratie bindet Arbeitskraft und kostet Geld. Neue Gesetze und Regulierungen sind so zu gestalten und zu vollziehen, dass sie Innovationen fördern

und insbesondere den Mittelstand entlasten bzw. nicht unnötig belasten. Gerade im Umweltrecht sollten neue Regulierungen einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden.

Bürokratieabbau

Position

- ◆ Zu einer effizienten und effektiven Gestaltung von Gesetzen gehört Normenklarheit und Rechtssicherheit, auch in der Vollzugspraxis. Dadurch soll möglichst wenig bürokratischer Aufwand entstehen und gleichzeitig Vertrauen geschaffen werden. Dies senkt Kosten und steigert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und damit die Qualität Deutschlands als Industriestandort insgesamt, besonders für kleine und mittlere Unternehmen.
- ◆ Bürokratieentlastung sollte ganzheitlich, unter Berücksichtigung aller Kosten, verfolgt werden. Beispielsweise fehlt die Einbeziehung der europäischen Be- und Entlastungen sowie des einmaligen Erfüllungsaufwands in die „One in, one out“-Bilanz.
- ◆ Für eine realistische Einschätzung der Auswirkungen von Gesetzen und Vorschriften ist die frühzeitige Einbindung der Industrie und der Vollzugsbehörden wichtig. Dies sollte möglichst schon bei der Entstehung des Gesetzes erfolgen. Es zeigt sich jedoch ein alarmierender Trend zu immer kürzeren Stellungnahmefristen, insbesondere bei wichtigen politischen „Großprojekten“.
- ◆ Zudem erzeugt oftmals nicht das Gesetz als solches, sondern dessen Umsetzung die Belastung. Daher sind der Ausbau des Verwaltungspersonals, rechtlich eindeutige Regelungen sowie die vollständige Digitalisierung der Verwaltung notwendig. Ein flächendeckendes, nutzerfreundliches Onlineangebot aller wichtigen Verwaltungsleistungen ist bisher nicht gelungen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- ◆ Transparenz, Schnelligkeit und Sicherheit von Genehmigungsverfahren dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unklarheiten bei der Auslegung des Begriffs der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse dürfen nicht zu Verzögerungen führen.

Empfehlungen

- ◆ Neues Bürokratieentlastungsgesetz.
- ◆ Ganzheitliche Bürokratieentlastung und Berücksichtigung aller Kosten.
- ◆ Miteinbezug der europäischen Be- und Entlastungen sowie des einmaligen Erfüllungsaufwands in die „One in, one out“-Bilanz.
- ◆ Ablösung des KMU-Tests durch einen Praxischeck.
- ◆ Genehmigungsverfahren beschleunigen und Rechtssicherheit durch die Schaffung rechtlich eindeutiger Regelungen verbessern.
- ◆ Ausbau Verwaltungspersonal und Digitalisierung der Verwaltung umsetzen.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Verbindliche Fristen und frühzeitige Einbeziehung bei Verbändeanhörungen einführen.
- Stärkerer Einbezug der Industriekompetenz bereits ab Problemerkennung, um Auswirkungen von Gesetzen und anderen Vorschriften realistisch abzuschätzen.
- Einsatz für eine effektive „One in, one out“-Regel auf EU-Ebene.

Europäische Industriepolitik

Position

- Der Green Deal muss im Einklang mit einer wirtschaftlich starken EU stehen. Hierfür bedarf es einer kraftvollen EU-Industriepolitik.
- Isolierte Maßnahmen Deutschlands zur Stärkung und Transformation der Industrie greifen zu kurz: Gerade bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien kann die EU nur gemeinsam in ihrem Binnenmarkt die erforderliche Größe aufbringen, damit die Unternehmen im Wettbewerb mit den USA und China konkurrenzfähige Lösungen entwickeln können. Nur im europäischen Verbund können entscheidende positive Impulse zur Lösung globaler Probleme gesetzt werden. Dabei gilt es, Effizienzvorteile eines großen einheitlichen Binnenmarkts durch bessere Kooperationsmöglichkeiten zu ermöglichen, aber nicht durch ineffektive Zentralplanung zu konterkarieren.
- Da die deutsche Industrie in europäischen und internationalen Netzwerken forscht und produziert, würde sie erheblich von einer Renaissance der industriellen Basis in Europa profitieren. Nötig sind Maßnahmen für wettbewerbsfähige Standortbedingungen, Innovationen, eine offene Technologieförderung und einen funktionierenden Wettbewerb im Binnenmarkt. Nur so kann die Industriepolitik einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Green Deal leisten.
- Zentrales Element der EU-Industriestrategie müssen Investitionen werden: private Investitionen in die Transformation der Industrie, öffentliche Investitionen in moderne Infrastrukturen. Hierzu braucht es einen investitionsfreundlichen Rahmen und ausreichende öffentliche Mittel. Der wettbewerbs- und beihilferechtliche Rahmen der EU muss dahingehend überprüft und angepasst werden, dass industrielle Kooperationen zur Unterstützung der Transformation in ausreichendem Maße möglich sind.
- Der EU-Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler der EU. Er muss weiterentwickelt werden, sein Regelwerk muss schlank und effektiv sein. Neue Regeln müssen die EU-weite Transformation der Industrie erleichtern und unterstützen.

Empfehlungen

- Die deutsche Industrie ist eng mit Europas Industrie verwoben. Die deutsche Industriepolitik muss daher eng mit der EU-Industriestrategie verzahnt werden.
- Deutschland sollte dafür sorgen, dass die EU-Industriestrategie auf Innovation, gute Standortbedingungen, den Wettbewerb der Ideen und einen effizienten Binnenmarkt setzt.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Die Transformation der Industrie erfordert die Entwicklung und Implementierung neuer Technologien und Infrastrukturen. Diese Mammutaufgabe kann besser in einer gesamt-europäischen Anstrengung als in nationalen Alleingängen gelingen. Auch die EU-Wettbewerbspolitik sollte dahingehend angepasst werden.
- Die nationale und die europäische Industriestrategie sollten den globalen Kontext – die Lösung globaler Nachhaltigkeits Herausforderungen, die Weiterentwicklung globaler Wertschöpfungsketten und die internationale Wettbewerbssituation – von Anfang an mitdenken.
- Technologieoffene, unbürokratische und finanziell gut ausgestattete Gestaltung von EU-Forschungsförderprogrammen.

Genehmigungsverfahren

Position

- Genehmigungsverfahren werden auch bei kleineren Änderungen von Anlagen immer komplexer und damit schwieriger planbar. Der Bau von Produktionsanlagen wird immer teurer und langsamer. Allein das Genehmigungsverfahren nach Immissionsschutzrecht dauert nach Antragseinreichung oft bis zu drei Jahre. Wesentliche Probleme sind eine deutliche, oft intransparente Ausweitung der Bürgerbeteiligungen, die Implementierung des weitreichenden Ausgangszustandsberichts Boden sowie eine neue Sicherheitsabstandsregelung im Bundesimmissionsschutzgesetz.
- Die kompletten, sehr detaillierten Antragsunterlagen, die nach der derzeitigen Rechtslage und Verwaltungspraxis bei der Behörde zur Prüfung der Genehmigungsfähigkeit eingereicht werden und für eine begrenzte Zeit physisch bei der Behörde zur Einsichtnahme ausliegen, dürfen nicht 1:1 digital im Internet veröffentlicht werden. Damit wären sensible, sicherheitsrelevante Informationen sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse weltweit und unbegrenzt einem nicht nachvollziehbaren Personenkreis zugänglich.

Empfehlungen

- Die chemisch-pharmazeutische Industrie wirbt für eine neue Kultur des Aufbruchs bei Projekten, mit denen der Standort Deutschland zukunftsfähig gemacht werden kann. Die etablierten Prozesse und die rechtlichen Vorgaben entsprechen nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Wir brauchen absolute Vorfahrt für Innovationen, Investitionen und Digitalisierung. Deshalb setzen wir uns für ein Planungsmodernisierungsgesetz ein. Dieses Gesetz muss alle Aspekte der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren einschließen. Hierzu gehören insbesondere die Vereinfachung und Konsolidierung der Rechtsvorschriften, die Verwendung klarer Rechtsbegriffe, die Entschlackung der Verfahren, weniger Berichtspflichten, das Personal in den Genehmigungsbehörden und die Digitalisierung und eine bundeseinheitliche Umsetzung. Die Erarbeitung des Gesetzes sollte von Beginn an unter Einbindung der Industrie und von Fachexperten erfolgen und ein „Neudenken“ in allen Aspekten mit Blick auf Notwendigkeit und Umfang beinhalten.

Dieses Kapitel ist ein Auszug aus „VCI-Positionen zur Bundestagswahl 2021“

- Ziel der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren ist deren Beschleunigung. Die im Internet zu veröffentlichenden Informationen sollten aus Sicherheitsgründen und aus Gründen des Know-how-Schutzes begrenzt werden. Transparenz, Schnelligkeit und Sicherheit von Genehmigungsverfahren dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltprüfung gilt es den Anschluss an europäische Partner nicht zu verlieren, die sich aktiv für Verfahrensbeschleunigungen einsetzen.

NKR-Gutachten

Position

- Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat 2019 ein Gutachten zu den „Möglichkeiten zur Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren über Vorhaben zur Errichtung von Infrastruktureinrichtungen und Industrieanlagen“ eingeholt. Das Gutachten enthält Vorschläge, wie die Dauer von Gerichtsverfahren verkürzt werden kann. Insbesondere birgt die Optimierung von Verwaltungsgerichtsverfahren ein erhebliches Beschleunigungspotenzial.
- Rechtssichere und effiziente Genehmigungs- und Gerichtsverfahren sind die Grundvoraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Investitionsentscheidungen erfordern eine verlässliche inhaltliche und zeitliche Planbarkeit des avisierten Vorhabens. Schließt sich der Planung und Genehmigung eines Vorhabens ein Rechtsstreit an, kann dies zu erheblichen Verzögerungen führen.

Empfehlungen

- Die Gutachtenvorschläge sollten vom Gesetzgeber aufgegriffen werden.
- In internationalen Diskussionen zur Aarhus-Konvention sollte der Aspekt der Verfahrensbeschleunigung eine wichtige Rolle spielen.